

Landeszeitung für die Provinz Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrg. 218 Nr. 36 a

Bezugspreis: monatlich 2.00 M. einschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen übertragend an unsere Hauptredaktion entgegen. — Abbestellung erbeten vor Ablauf des Abonnements.

Halle-Saale

Donnerstag, 12. Febr. 1925

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 20 mal beide Seiten umfasst 12 Pfennig, kleiner Druckarten 2 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Stellenanzeigen 6 Pfennig, Die Spaltenzeile 30 mal beide Seiten umfasst 40 Pfennig, Rabatt nach Größe der Anzeigen, für Placatanzeigen Abrechnung mit Post-Gewinn. —

Verkaufsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 102, Fernruf Zentralca 7801, abends von 7 Uhr an Reichenstraße 40/41 und 54/10. — **Postfach** Postamt Leipzig 27 512.

Belastungsschein Berlin, Bernauer Str. 30, Fernruf Am Kurier 12, 1890. **Eigene Berliner** 5 Briefkasten. — **Verlag** u. Druck von Otto Ebel, Halle-Saale

Moskaus Arbeit in Deutschland

Auffechterregende Aussagen im Tscheka-Prozess Typhus- und Ruhrbazillen als russische Kampfmittel

Leipzig, 11. Februar.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Anbruch zum zweiten Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses ist wiederum sehr hart. Die Hauptmasse der Zeugen besteht aus Kommunisten. Am Besten fallen besonders die Vertreter einiger Sowjetagenturen ins Auge, die mit ihren langen Sätzen nicht ganz so der Vernehmlichkeit des Raumes passen wollen.

Senatspräsident Nieber eröffnet um 9 Uhr die Verhandlung und beginnt mit der Weitervernehmung des Hauptangeklagten Neumann, der sich über die Waffenbeschaffung der R. V. D. äußert (wobei er bereits verurteilt worden). Er behauptet, dass Götze zu den Waffenleihen über russische Wehrkraft gekommen. Er habe 35000 Dollar für Waffenlieferungen bezahlt. Die Lieferungen hierfür habe er im Landtagsgebäude, Corpernter ausgeführt. In Sachsen habe er gewissermaßen die Waffen besorgt und etwa 15000 Dollar dafür ausgegeben. Der Oberstaatsanwalt von dem Wehrkraft-Mitteln sei in einer Sitzung in Berlin bei einem Dr. Blau gefolgt worden. Bei diesen Sitzungen seien die Angehörten der Ostsee, Mittel- und Westküste der Angeklagten Mord anwendend gewesen, wo der Eintritt der R. V. D. in die tschechische Regierung befristet worden sei. Sofort nach dem Eintritt sollten die Waffen zum bewaffneten Aufstand gebracht werden. Der russische General Goretzki, der tatsächlich der Angeklagte Tschewitsch sei, wäre unter dem Namen Wolf in der Partei geführt worden. Neumann äußert sich jedoch über den gewöhnlichen Aufstand und die Tscheka. Das Ziel der Tscheka, so führte Neumann aus, bestehe russische Sammel zu Bekämpfung der Gegenrevolution. Er sei in der Partei nie von Tscheka, sondern lediglich von 2 Gruppen getrieben worden.

Es waren Terror-Gruppen, wie auf Veranlassung des Tschewitsch nach dem Verbot der Partei geführt wurden zu dem Zweck, um wichtige Personen aus dem Wege zu räumen.

Der Plan der Ermordung Seccatis Es entspann sich eine Aussprache über die Verhaftung des sogenannten russischen Generals. Der Angeklagte Tschewitsch bestritt, der General Goretzki zu sein, doch Neumann erklärt, daß eine Vernehmung vollkommen ausgefallen sei. Dieser General habe die Bildung von Terrorgruppen für notwendig gehalten, um nach dem Verbot der Partei das Spielzeug zu bekämpfen. Die erste Aufgabe der Terrorgruppe sollte die Ermordung des Generals von Seccati sein. Er sei ausdrücklich betont worden, daß der General nicht nur verwundet, sondern getötet werden müsse, und da sei für die Tötung Seccatis eine Reihe von drei Monaten gestellt worden, die später auf vierzehn Tage verkürzt worden sei.

Der Angeklagte Neumann fuhr fort: Seccati beauftragte mich, nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen mit der Ausbreitung eines Entwurfs zu einer Reichsbewachungsorganisation. Diesen Entwurf habe ich ausgearbeitet. Seccati war damit einverstanden und ließ ihn zum Entwurf verfertigen. Er beauftragte mich mit der Einrichtung dieser Organisation und erklärte, ihre erste Aufgabe sei die Verbringung des Generals von Seccati nach Berlin, um dort seine Ermordung, sondern in Seccati zu tätigen werden, fast würden wir uns kammieren. Am 1. April für die Organisation wurden 5000 Dollars ausgelegt, wovon mir zunächst 500 ausgezahlt wurden. Die Ausführung war aber in so kurzer Zeit ganz unmöglich, zumal mir sogar die von mir verlangte Stellung eines Wirtes verweigert wurde. Ich hatte bedauerlicherweise Seccati mit dem Seccati und ging zu Brandier, der sagte, die Angelegenheit Seccati habe ich inzwischen erledigt, da die Arbeiterhaft auf das Verbot der R. V. D. so wenig reagiert habe. Brandier betonte aber, meine Gruppe solle bestehen bleiben. Bei der Bildung der Gruppe war ich von Seccati auf die Partei verpflichtet worden. Die Verpflichtungsmorte lauteten etwa: „Ich verpflichte mich bei meiner protestantischen Ehre, alle mit übertragenen Aufgaben pflichtgemäß auszuführen und erwerne an, daß Verrat mit dem Tode bestraft wird.“

Senatspräsident Nieber eröffnet um 11 Uhr die Verhandlung in der Wohnung des Reichsstaatsanwalts wieder gefunden werden sei und in dem ausdrücklich die Notwendigkeit des inbisherigen Terrors betont wird, um die Revolution vorwärts zu bringen.

Am 11 Uhr tritt der Gerichtshof in die Mittagspause ein.

Die Vernehmlichungen Am 11. Februar wurde die Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann ausgeführt, der mehrere Enthüllungen macht. Der Senatspräsident fragt, ob ihm bekannt sei, daß auch in Deutschland Tscheka-Gruppen gebildet wurden. Neumann antwortet, daß ein gewisser Wollenberg die Leitung gehabt habe und ihm gesagt habe, daß ein Anschlag auf den in Württembergischen Innenminister Wollenberg geplant sei.

Senatspräsident Nieber verliest alsdann ein weiteres Kundensreiben der R. V. D., in dem betont wird, daß Seccati und Krowatskiere erst zu werden müßten.

Auf die Frage, ob Brandier bei der Gründung der Tscheka mitgewirkt habe, bejaht Neumann dies. In seiner Gruppe gehörten die Angeklagten Pöge, Egan, Warzig, Wörner und König. Die Gruppe erhielt so an der Wismarstraße an der Wismarstraße. Die Wismarstraße war durch Mieten der Salzen an die Wismar-Wismar-Gesellschaft umgearbeitet worden. Sodann kommt Präsident Nieber auf das

Arbeiten mit Gift und Bazillenstoff zu sprechen. Neumann sagt aus, daß Goretzki das Arbeiten mit Gift angeordnet habe, und zwar sei ein weibliches Mitglied namens zu dem einem Wirtin in Verbindung getreten, von dem es Typhusbazillen erhalten hat. Dieses weibliche Mitglied hat vorher im tschechischen Landtag als Sekretärin der R. V. D. gearbeitet. Ein anderes weibliches Mitglied, eine gewöhnliche Eva, verpackte Typhus- und Ruhrbazillen. Mit diesen Bazillen seien an einem Kaninchen Versuche unternommen

worben, um zu erproben, ob die Bazillen eine tödliche Wirkung ausüben könnten. Es entspann sich eine längere Aussprache über die Wirkung dieser Bazillen. Neumann behauptet, daß das Tier nicht von dem mit Bazillen getränkten Futter getötet habe, während andere Angeklagte behaupten, das Tier sei gestorben. Nach den Aussagen von zwei Gruppen soll das Tier am Leben geblieben und die Wirkung der Bazillen nicht erprobt worden sein.

Die Verhandlung wird darauf in der fünften Stunde infolge Ermüdung weiterer Verhandlung unterbrochen abgebrochen. Da ein Teil der Angeklagten am Donnerstag in einem Prozeß vor dem süddeutschen Strafamt als Zeugen auftreten muß, wurde die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Aus dem bisherigen schließenden Gang der Verhandlung ist schon jetzt zu schließen, daß der

Prozeß sich über die nächsten Wochen erstrecken wird, zumal von der Verteidigung immer wieder von neuem Zweifelsfälle hervorgerufen werden. Auf alle Fälle wird die Verhandlung des Hauptangeklagten Neumann, von der weitere Enthüllungen zu erwarten sind, noch die nächsten Tage in Anspruch nehmen.

Die ersten Fehlschläge für Dr. Marx

Die bisherigen Verhandlungen vollkommen ergebnislos

Berlin, 11. Februar.

(Von unserer Berliner Korrespondenz.)

Wahrscheinlich läuft sich der neue preussische Ministerpräsident noch schneller ab, als man es bei seiner Wahl erwartete. Die Verhandlungen die Herr Marx mittlerweile aufgenommen hat, sind jedenfalls bisher vollkommen ergebnislos geblieben, da es scheint, als ob die Sozialdemokraten plötzlich noch wieder mit größeren Fortschritten hervortreten werden. Aber schon das Verbot des Erwerbs als Innenminister, selbst wenn man ihm den schon genannten Titel behält, wird die Wichtigkeit der Partei veranlassen, auf keinen Fall das neue Kabinett zu führen. Dagegen Herr Marx Erwerb fallen und macht er damit die Regierung, wenigstens was ihre oberste Leitung anbelangt, sozialdemokratisch, so würde er vielleicht einige Schwierigkeiten, die eine Zeitlang die Herrschaft über den Reichstag er hat heute mit der deutschen nationalen Landtagsfraktion Führung genommen, um ihr einen gleichen Vorstoß für Preußen zu machen, der sich im Reich als eine Utopie erwies. Wenn die deutschen nationalen Unterländer, Graf von Bries und Westphalen, die in dem Reichstag heute morgen abend einvernehmlich Fraktionsvorsitz überließen wollen, so steht doch jedenfalls heute schon vollkommen fest, daß sich die von Herrn Marx betriebene Lösung auch im Reichstagen Landtag als Utopie erweisen wird. Auch die Volkspartei dürfte keinesfalls gelassen sein, sich an der Spitze der Reichspartei zu entscheiden, abgesehen von der großen Schwierigkeit einlassen zu lassen. So man kann sogar feststellen, daß sich in volksparteilichen Kreisen über die unvernünftige Verfechtung, die in Preußen getrieben wird, eine fast noch größere Erregung besteht, als das auf dem Reichstagen Seite der Reichspartei, die sich dem Reichstagen angeschlossen hat, die Reichspartei wird sich also auch die Bemühungen Preußen können, über Herrn Dr. Stresemann auf die Deutsche Volkspartei einzumischen, um sie zu einem Rückgehen in der Opposition gegen ein Marx-Gebergs-Kabinett zu bringen.

Die Deutsche Volkspartei und die Kabinettsbildung

Berlin, 11. Februar.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Besprechung des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx, wofür man sich erfahren, die Abg. Dr. von Gamppe, Dr. Wundmann und Dr. Pinnerell bei. Es ergab sich, daß die Deutsche Volkspartei an ihrem Standpunkt festhält, sich an einer der großen Koalition entsprechenden Koalition nicht zu beteiligen. Zur Anregung Dr. Marx, zu erwägen, ob sich die Koalition an einer Verhandlung über eine Regierungsbildung von den Sozialdemokraten ab zu den Deutschen nationaler beteiligen würde, wurde erklärt, daß man heute keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für die Zustimmung der Koalition erkläre.

Der Haftbefehl gegen Dr. Hoeft

Berlin, 11. Februar.

Dem Untersuchungsrichter in der Haftbefehl gegen Reichsstaatsanwalt Dr. Hoeft, die Haftbefehl ist, die Vernehmung Dr. Hoeftes schloß sich heute nach einer Konferenz der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters an, in der das gegen Dr. Hoeft vorliegende Beschuldigungsmaterial sorgfältig geprüft wurde. Dr. Hoeft hat die schwere Verhaftungsmöglichkeit, die zu seiner Verhaftung führen, nicht einzuräumen können. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Ansicht, daß bei Dr. Hoeft außer dem Verdacht passiver Verletzung auf Anreue im Amt vorliege. Dr. Hoeft hat sich bereit erklärt, jeden gewünschten Aufschluß selbst zu geben. Heute vormittag ist Dr. Hoeft wieder vernommen worden. Der Richter hat außer dem Angeklagten Gange-Gelehrer eine Anzahl Beamte aus der Finanzverwaltung der Reichspost sowie andere Zeugen geladen, die möglichst sofort gehört werden sollen. Dr. Hoeft soll in der Haft nach Möglichkeit Erleichterungen erhalten und er dürfte wahrscheinlich noch heute mit seinen Beschuldigten Dr. Wollenberg und Dr. Seccati konfrontiert. In der Wohnung Dr. Hoeftes ist heute vormittag zahlreiche Material sichergestellt worden, das für die Unterredung von Bedeutung sein dürfte.

Eine neue Staatsbankaffäre

Berlin, 11. Februar.

Die „Vollstreckung Zeitung“ meldet: In der Preussischen Staatsbank ist eine neue Verflechtung eines Neumann aufgedeckt worden. Der Reichsstaatsanwalt hat sich unter dem Reichsstaatsanwalt Dombos, eine große Zahl von Industriekolonialen und Staatsanwaltschaften aus dem Bundeskreis der Staatsanwaltschaft zurückgeführt zu haben. Die Verflechtung ist die Deposits der Staatsbank eingeleitet, sondern ist sich selbst neu zu haben. Die Papiere, die damals einen sehr geringen Wert vorstellten, sind von ihm zu minimalen Preisen aufgenommen worden, während der heutige Wert der Obligationen sehr stark zu steigen in Frage ist. Es sind bereits heute einige Tausend Unterredungen der Preussischen Staatsbank im Gange, und der stellvertretende Direktor ist einstellend vom Amt suspendiert.

Die Mitteilung einer Verflechtung über die Aufdeckung neuer Unregelmäßigkeiten bei der Staatsbank ist, die der Reichsstaatsanwalt hat sich unter dem Reichsstaatsanwalt Dombos, eine große Zahl von Industriekolonialen und Staatsanwaltschaften aus dem Bundeskreis der Staatsanwaltschaft zurückgeführt zu haben. Die Verflechtung ist die Deposits der Staatsbank eingeleitet, sondern ist sich selbst neu zu haben. Die Papiere, die damals einen sehr geringen Wert vorstellten, sind von ihm zu minimalen Preisen aufgenommen worden, während der heutige Wert der Obligationen sehr stark zu steigen in Frage ist. Es sind bereits heute einige Tausend Unterredungen der Preussischen Staatsbank im Gange, und der stellvertretende Direktor ist einstellend vom Amt suspendiert.

Die Fühlungnahme Dr. Marx' mit den Parteien

Berlin, 11. Februar.

Ministerpräsident Dr. Marx hat heute die Fühlung mit den Parteien aufgenommen. Er ist zunächst an die deutsche nationale Landtagsfraktion herangetreten, mit deren Führern er eine kurze Besprechung hatte. Bei dieser Fühlungnahme handelt es sich offenbar darum, daß Marx, ähnlich wie seinerzeit Reich, zunächst versucht, ein Kabinett der Volkspartei aufzustellen, das die Weine zu helfen. Es bedarf keines besonderen Hinweis, daß dieser Versuch keineswegs Aussicht auf Verwirklichung hat. Die deutschen nationalen Landtagsfraktion wird morgen zusammentreten und dann Herrn Dr. Marx ihre Antwort mitteilen. Von der Deutschen Volkspartei ist gleichfalls eine Abfrage zu erwarten, so daß nach diesen ersten formalen Versuchen die Verhandlungen in ihr entscheidendes Stadium treten, wenn Dr. Marx sich offiziell mit der Wirtschaftlichen Vereinigung in Verbindung setzt. In dieser Hinsicht werden bereits jetzt Mitteilungen verbreitet, die besagen, daß Dr. Marx die Zustimmung wenigstens der sechs Weinen dadurch erlangen will, daß er den Innenminister Seevering veranlaßt, den den Deutsch-Demokraten besonders unangenehm Oberpräsidenten Kossel fallen zu lassen. Dr. Marx dürfte aber wahrscheinlich den Weg wählen, daß er der Wirtschaftspartei ein Ministerium anbietet und im Falle der Ablehnung gewisse, allgemeinpolitische Zugeständnisse macht, die es der Partei ermöglichen sollen, ein Kabinett Marx-Gebergs zu tolerieren. Einmischen ist alles noch in der Schwebe.

